

Ein Teil des Westwalds soll Bannwald werden

STADTPARLAMENT Umweltverbände: Etikettenschwindel

Ein Teil des Westwalds, westlich der Waldkolonie, soll als Bannwald unter besonderen Schutz gestellt werden. Das hat das Parlament am Donnerstagabend beschlossen. Die Westwaldallianz sprach von einem Etikettenschwindel, weil der südliche Teil des Westwalds davon ausgenommen wird.

Die Grünen und die CDU hatten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem zwar der Wert des Westwalds für den Lärmschutz, die Naherholung und als Schutz vor Staub und Sand der Felder westlich der A 5 betont wird. Deshalb soll der Magistrat dafür sorgen, den Wald westlich der Waldkolonie als Bannwald ausweisen zu lassen. Zugleich soll die einmal geplante Westumgehung (Fortführung der B 3

Richtung Süden) im Flächennutzungsplan und in Bebauungsplänen gestrichen werden. Zuständig dafür ist das Regierungspräsidium als oberste Forstbehörde. Bannwald darf nur in Ausnahmefällen gerodet werden.

Während das Parlament diesen Part des Antrags einstimmig bei Enthaltung von Uwiga annahm, soll der Teil des Westwalds südlich der Rheinstraße davon ausgenommen werden, in dem eine Erschließungsstraße für Telekom-City und künftige Gewerbegebiete auf Konversionsflächen gebaut werden soll. Dies setzten Grüne und CDU gegen die Stimmen der anderen Fraktionen durch. Baudezernentin Brigitte Lindscheid (Grüne) hatte zuvor erneut betont, dass sich die Stadt in einem städtebaulichen Vertrag mit dem Telekom-Immobilien-

entwickler Sireo zum Bau einer Straße vom Eifelring zur Hilpertstraße verpflichtet habe.

Dies bezweifelte die Westallianz, in der sich sechs Naturschutzverbände zusammengeschlossen haben. Der Vertrag sei keineswegs eindeutig, hieß es in einer Erklärung vom Freitag. Der Westwald sei sehr viel größer als der Teil, der nun zu Bannwald erklärt werden solle. Da der Antrag auf Ausweisung als Bannwald dem Regierungspräsidenten schon seit 2006 vorliege, sein der Dringlichkeitsantrag von Grünen und CDU „reiner Etikettenschwindel“. Damit solle wohl nur Druck abgebaut werden, hieß es in der Erklärung. Der BUND forderte, den gesamten Wald westlich von Darmstadt von Arheilgen bis Eberstadt als Bannwald zu schützen. hap